

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung
per Mail an
anhoerung@landtag.nrw.de

Landtag Nordrhein-Westfalen
Herrn
André Kuper MdL

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
18/208**

Alle Abgeordneten

Düsseldorf, Januar 2023

**Vereinigung Liberaler
Kommunalpolitiker in
Nordrhein-Westfalen e.V.**

Hausanschrift:
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf

Postfachanschrift:
Postfach 32 03 48
40418 Düsseldorf

**Gemeinsame Stellungnahme der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker
NRW e.V. (VLK) sowie der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für
Kommunalpolitik (SGK NRW) zur schriftlichen Anhörung „Heißer Herbst“:
Hilfe gegen Hass und Hetze**

Drucksache 18/1666

**Sozialdemokratische
Gemeinschaft für
Kommunalpolitik in
Nordrhein-Westfalen e.V.**

Hausanschrift:
Elisabethstraße 16
40217 Düsseldorf

Postfachanschrift:
Postfach 20 07 04
40104 Düsseldorf

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Ausschussmitglieder,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu dem obengenannten Antrag Stellung
zu nehmen.

Aus Sicht der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker sowie der
sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik sind die
vorgeschlagenen Maßnahmen zu befürworten.

Folgende Argumente möchten wir anführen:

Die Demokratie in unserem Land Nordrhein-Westfalen ist stark, aber nicht
selbstverständlich. Ein Zeichen für die Verletzbarkeit unserer Demokratie ist
die zunehmende Bedrohung von Kommunalpolitikerinnen und
Kommunalpolitikern. Die Taten reichen von Beschimpfungen über Gewalt bis
hin zu Mordanschlägen. Die Aggressionen kommen häufig aus dem
radikalisierten Milieu und führen dazu, dass Kommunalpolitikerinnen und
Kommunalpolitiker in der freien und verantwortungsvollen Ausübung ihres
Mandates bzw. ihres Amtes gehindert bzw. eingeschränkt und eingeschüchtert
werden. Diese Einschüchterungen lösen bei vielen Kommunalpolitikerinnen
und Kommunalpolitikern Zweifel an Ihrem Ehrenamt aus, so dass sie ihre
Tätigkeit in Frage stellen oder gar aufgeben, insbesondere dann, wenn

ernsthaft Befürchtungen bestehen, dass der Schutz der eigenen Familie nicht mehr gewährleistet ist.

Im kommunalpolitischen Alltag ist in einem zunehmenden Maße eine Verrohung der demokratischen Kultur zu beobachten. Dies spiegelt sich wider in der zunehmend aggressiveren Wortwahl bei Reden in kommunalpolitischen Gremien oder Parlamenten auf Bundes- und Landesebene, der Verbreitung von Verschwörungstheorien, den gezielten Desinformationen, vermehrten Scheinanträgen und beleidigenden Zwischenrufen. Das alles gefährdet aus unserer Sicht das konstruktive und vor allem demokratische Miteinander. Die lebendige aber faire Streitkultur muss wieder gestärkt werden.

Daneben schwindet die gesellschaftliche Anerkennung für politische Ämter. Da in der öffentlichen Wahrnehmung gar nicht zwischen Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene differenziert wird, dienen auch Lokalpolitikerinnen und -politiker als Projektionsfläche für einen allgemeinen Unmut gegenüber „den Politikern“ oder „der Politik“. Auch dieser Umstand ist alarmierend, weil er belegt, dass Vertrauen in den Rechtsstaat, die Demokratie und die für die Vertretung gewählten Menschen schwindet.

Eine Unterstützung der aktiven Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ist nicht nur für die aktuelle Stabilisierung der Demokratie notwendig, sondern auch für zukünftige Nachwuchsförderung dringend erforderlich.

Unser gesamtes Staatswesen baut auf einer repräsentativen, von Parteien geprägten Demokratie auf. Die Kommunalpolitik ist das elementare Fundament. Wenn wir bereits auf dieser Ebene Ausfallerscheinungen registrieren müssen, dann ist es nicht mehr weit bis zu einer grundlegenden Gefährdung unserer Demokratie! Das müssen wir mit aller Kraft unterbinden. Sicher sind auch Parteien und staatliche Institutionen gefordert, ihre Angebote und Strukturen immer wieder zu hinterfragen und ggf. neu oder attraktiver zu gestalten. Aber es müssen auch diejenigen geschützt und gestärkt werden, die unsere Demokratie als Akteurinnen und Akteure vor Ort tagtäglich mit Leben füllen.

Wenn das Bild des Kommunalpolitikers nicht mehr positiv besetzt ist, werden sich immer weniger Ehren- und auch Hauptamtliche finden, die diese Aufgaben in Zukunft übernehmen. In unserer Gesellschaft brauchen wir Vorbilder von gestaltenden Politikern, die bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben keine verbalen oder körperlichen Angriffe zu befürchten haben.

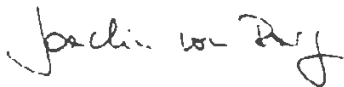
Die Vielfalt unserer Gesellschaft muss sich in den kommunalen Vertretungen widerspiegeln. Eine lebendige Demokratie lebt von politisch engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Um das Ehrenamt in der Kommunalpolitik als Basis der Demokratie zu schützen und zu fördern, ist es unerlässlich, den respektvollen Umgang im Miteinander zu stärken. Dies beinhaltet eine politische Bildungsarbeit zur Festigung der Demokratiekompetenz! Hierbei geht es darum, bereits im Kinder- und Jugendalter mit Demokratie und Kommunalpolitik in Berührung zu kommen. Dieses Thema gehört auf die Lehrpläne unserer Schulen. Es darf nicht nur darum gehen, die grundlegenden Kenntnisse im Staatsaufbau zu vermitteln, sondern auch die Kompetenzen, die dafür notwendig sind auf lokaler Ebene aktiv Teil der Demokratie zu sein.

Das betrifft allerdings nicht nur Kinder und Jugendliche. Im Mittelpunkt steht dabei die Gestaltung der kommunikativen Prozesse im Sinne einer fairen Auseinandersetzung: Dies ist eine entscheidende Voraussetzung für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

VLK NRW und SGK NRW sind sehr dankbar, dass Bundespräsident Frank Walter Steinmeier gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Körber-Stiftung mit der Initiative „Stark im Amt“ aufgegriffen hat. Über das gleichnamige Portal werden konkrete Hilfestellungen und Kontaktmöglichkeiten angeboten. Und auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser greift dieses wichtige Thema mit der Allianz zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger auf. Im Kampf gegen Hass und Hetze forciert Bundesjustizminister Marco Buschmann europaweite Regelungen für die Sozialen Netzwerke und setzt sich für eine Verstärkung der Strafverfolgung im Internet ein. Höchste Zeit also, diesen wichtigen Themenkomplex auch in Nordrhein-Westfalen aufzugreifen und deutlich stärker in der politischen Debatte zu platzieren.

Die VLK NRW und die SGK NRW befürwortet daher die im Antrag beschriebenen Maßnahmen, um die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu schützen und die demokratische Kommunikation zu stärken. Wir möchten jedoch den dringenden Hinweis geben, in diesem Zusammenhang nicht nur die kommunalen Spitzenverbände, sondern auch die kommunalpolitischen Vereinigungen in den Blick zu nehmen und zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen aus Düsseldorf



Joachim vom Berg
Landesgeschäftsführer
VKL NRW



Maik Luhmann
Landesgeschäftsführer
SGK NRW